



## **Wahlprüfsteine der Bürgerinitiative**

### ***Potsdamer Mitte neu denken***

#### **zur Oberbürgermeisterwahl der Landeshauptstadt Potsdam**

---

Die Initiative Potsdamer Mitte neu denken fühlt sich den Grundsätzen der nachhaltigen Stadtentwicklung verpflichtet. Ökologische, wirtschaftliche und soziale Anforderungen an die Gestaltung der Stadt müssen unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zum Wohle der Allgemeinheit miteinander in Einklang gebracht werden, so dass eine dauerhafte zukunftsfähige Reproduktion des Lebensraums Stadt gewährleistet ist.

Aus der Perspektive dieses Selbstverständnisses wenden wir uns an die Bewerberinnen und Bewerber für das Potsdamer Oberbürgermeisteramt, um ihre Position zu Prozessen der Stadtentwicklung zu erfragen.

#### **1. Nachhaltige Stadtentwicklung**

Das erwartete Bevölkerungswachstum stellt Potsdam in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss versuchen, diesen Wachstumsprozess zu steuern, indem ökologische, wirtschaftliche und soziale Teillösungen zu einer Gesamtstrategie verbunden werden.

#### **Welchen Beitrag kann ein\*e Oberbürgermeister\*in diesem Prozess leisten und welche Akzente wollen Sie setzen?**

In meinen gemeinsam mit den Potsdamer\*innen erarbeiteten Wahlzielen, die ich am 06.06.2018 der Öffentlichkeit vorgestellt habe, habe ich formuliert:

Um die Lebensqualität in unserer Stadt mit ihrer einmaligen Geschichte und Natur, ihrer kulturellen Vielfalt und ihrer innovativen Wissenschaft und Wirtschaft für alle Menschen, die hier leben, zu erhalten, muss unser Wachstum sozial gestaltet werden.

Mein Wahlziel Nummer 6 lautet: Stadt und Natur in Einklang bringen.

Ich werde nachhaltige Stadtentwicklung durch eine Stabsstelle direkt bei mir als Oberbürgermeisterin ansiedeln und damit zur Cheffinnsache machen. Dies ermöglicht die zielorientierte, koordinierte Steuerung aller Fachbereiche und der städtischen Beteiligungen. Der Bau von Wohnungen, sozialer Infrastruktur und Verkehrsflächen erfolgt nur unter der Voraussetzung der Bewahrung von Natur- und Kulturlandschaft. Grundlage der Arbeit der Stabsstelle sind unter anderem die Stadtentwicklungskonzepte Wohnen und Verkehr mit den dort verankerten Leitlinien und Maßnahmen, die evaluiert und fortgeschrieben werden müssen. Das „Bündnis für Wohnen“, Akteure des Wohnungsmarktes, der Mieterverein, der Verkehrstisch Potsdam und andere sind an diesem Prozess beteiligt. Basis ist darüber hinaus eine frühzeitige und anlassunabhängige Beteiligung der Bürger\*innen.

## **2. Fehlentwicklungen**

Die Stadt Potsdam hat in den letzten Jahrzehnten eine gute Entwicklung genommen. Dennoch sind Probleme nicht zu übersehen, die auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen zurückzuführen sind.

### **Welche Versäumnisse und Fehlentwicklungen würden Sie gern korrigieren?**

Ungesteuertes Wachstum und profitorientierte Veräußerung von Flächen führten zu sozialer Spaltung und Segregation (hier belegt Potsdam lt. einer aktuellen Studie des WZB einen traurigen Spitzenplatz) und gefährden zunehmend das Gleichgewicht von Natur und Stadt. Ich werde mich deshalb für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen, d.h. Wachstum sozial gestalten.

Die Stadtspitze hat den Prozess der Bevölkerungsentwicklung falsch gesteuert. Die Einrichtung von Kitas, Schulen, sozialer und kultureller Infrastruktur hinken nahezu überall der baulichen Entwicklung hinterher, und müssen nun rasant aufgeholt werden, trotz Überlastung des Bausektors mit dem dazu gehörenden Fachkräftemangel.

Eine weitere Fehlentwicklung ist, dass die Stadt bestehende Beteiligungsinstrumente nicht ernsthaft angewendet hat. Das Einbringen der Bürger\*innen wurde seitens der Rathauspitze und der „Rathauskooperation“, bestehend aus SPD, CDU und den Grünen, eher als Störfaktor denn als Bereicherung und wichtiges Steuerungsinstrument wahrgenommen. Ich werde hier einen neuen Politikstil unter gleichberechtigter Beteiligung aller Akteur\*innen pflegen.

Die vielleicht schlimmste Fehlentwicklung sehe ich im profitorientierten Verkauf städtischen Eigentums. Viel Tafelsilber in Form städtischer Grundstücke wurde in den vergangenen Jahren bereits verscherbelt. Hier ist eine Umkehr leider nicht möglich. Mit mir wird es jedoch zu keinen weiteren Veräußerungen städtischen Eigentums kommen. Eventuelle Vergaben erfolgen zukünftig ausschließlich nach Konzeptverfahren und auf Basis von Erbbaupacht. Befördern werde ich den eingeleiteten Prozess des An- bzw. Rückkaufs von Flächen durch die Bereitstellung finanzieller Mittel im Haushalt.

## **3. Beteiligung der Bürger\*innen**

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, Bürger\*innen an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen. Jedoch wurde mehrfach die Kritik geäußert, dass die Beteiligungsverfahren so vorstrukturiert waren, dass sie Mitwirkung an Entscheidungen simulierten, aber im Kern nicht tatsächlich gestatteten. Bei

einigen kontroversen Themen, wie z. B. der Entwicklung der Potsdamer Mitte wurde, aktive Beteiligung sogar verhindert.

**Bei welchen Themen werden Sie Beteiligung initiieren? Wie soll Ihrer Meinung nach der Beteiligungsprozess gestaltet werden, so dass Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Kommune gelingen kann?**

Die Beteiligung beginnt nicht erst im Konfliktfall und mit Sicherheit nicht dadurch, dass eindeutige Meinungsbekundungen der Potsdamer Bevölkerung für Entscheidungen als nicht relevant erklärt werden, so wie bei Bürger\*innenbegehren geschehen.

Im Gegenteil! Ich sehe, wie viel Potenzial in den einzelnen Quartieren brach liegt. Mein Anspruch ist, es allen Potsdamer\*innen, die sich für ihren „Kiez“ engagieren möchten, zu ermöglichen, ihre Ideen von einer besseren Stadt für alle einzubringen. Für die nun in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg verbriefte Pflicht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werde ich gemeinsam u.a. mit dem Kinder- und Jugendbüro, vor allem aber mit allen an Planungsprozessen beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung Instrumentarien zu deren Umsetzung installieren.

Dazu muss die Bürger\*innenbeteiligung entbürokratisiert, frühzeitig und strategisch ausgerichtet organisiert und durchgeführt werden. Der Bürger\*innenhaushalt wird zukünftig ein festes Budget im Gesamthaushalt der Stadt bekommen. Die Kultur der Runden Tische wird aus der Vergessenheit geholt und ermöglicht bei streitbaren Konflikten rund um die Stadtentwicklung eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe. So können gemeinsame Zielstellungen und innovative Lösungen entwickelt werden.

Welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sehen Sie bei den Planungen zum Entwicklungsgebiet Krampnitz, um neben der baulichen Nachverdichtung und Erweiterung auch Wohnungen mit bezahlbaren Mietpreisen und ein soziales Leben in Vielfalt zu ermöglichen?

Die Planungen für das neue Stadtquartier sind in vollem Gange, Wettbewerbe sind gelaufen und Ergebnisse liegen vor. Begleitet wird all das seit 2018 von dem Fachbeirat „Forum Krampnitz“, in dem auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und Vertreter\*innen der angrenzenden Ortsteile arbeiten. Sowohl der Inhalt als auch die Ergebnisse dieser Arbeit sind aber in der Einwohnerschaft kaum oder nicht bekannt.

Durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit kann und muss das geändert werden. So wird die Möglichkeit eröffnet, dass Bürger\*innen frühzeitig ihre Vorstellungen, Hinweise und Kritik einbringen können. Die Aufnahme der Kinder- und Jugendvertretung in den Fachbeirat ist ebenso anzustreben wie die Mitgliedschaft anderer Vertretungen.

Die regelmäßige Durchführung öffentlicher Foren, in denen alle Interessierten über die Planungen und die Entwicklungen informiert werden und sich einbringen können, ist eine weitere Möglichkeit der Beteiligung.

Die Chance, mit dem neu entstehenden Quartier eine ausgewogene soziale Mischung in einem lebendigen Stadtteil zu erreichen, ist für Potsdam fast einmalig.

Ich werde die nach öffentlichem Verlautbaren von der Deutschen Wohnen AG als größtem Wohnungsbauer im Entwicklungsgebiet geforderten und von ihr zugesagten 8,50 Euro Nettokaltmiete verbindlich sichern.

Auch für Krampnitz gilt meine Forderung nach mindestens 30% belegungsgebundenen Wohnungen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass studentisches Wohnen möglich, heißt auch bezahlbar ist, wie das Wohnen für Familien mit Kindern und ältere Bürger\*innen. Mit den neuen Wohnungen in Krampnitz könnte das Instrument der Wohnungstauschbörse ihre Wirkung entfalten: Wer in eine kleinere Wohnung zieht, bezahlt nicht mehr Miete. Andere Wohnformen, wie Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften usw. sind im Ansatz zu planen. Um möglichst günstige Wohnkonditionen zu erreichen, sind alle Möglichkeiten der Wohnungsbauförderung zu erschließen

#### **4. Stärkung der Stadtteile - funktionale und soziale Mischung**

Die Lebensqualität für die Bewohner einer Stadt hängt in hohem Maße davon ab, wie die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung räumlich und sozial verteilt sind. Leitbilder nachhaltiger Stadtentwicklung wie Dichte und Mischung können für politische Entscheidungen Orientierungen vorgeben.

#### **Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die funktionale und die soziale Mischung der Stadtteile fördern? Wie wollen Sie der sozialer Segregation und funktionalen Trennung entgegenwirken? Was werden Sie zur Stärkung der Stadtteile und ihrer Zentren tun?**

Die entscheidende Triebfeder sozialer Segregation ist die Bauleitplanung bzw. die auflagenfreie Veräußerung von Bauflächen mit einer Entmischung von EFH/ ETW und verdichtetem Bau von Mietwohnungen und in Folge der Mietpreis. Bekommen wir das durch bessere Planung im Sinne des sozialen Wachstums und durch nachhaltige Mietpreisbindungen in den Griff, sind auch bestehende Verdrängungsprozesse ärmerer Menschen aufzuhalten.

Bestehende wie neu entstehende Stadtteile müssen darüber hinaus hinsichtlich ihrer sozialen und kulturellen Infrastruktur und ihrer Frei- und Grünflächen komplettiert und damit attraktiver werden. Sportangebote, Jugend- und Nachbarschaftszentren gilt es zu stärken, sowohl finanziell als auch personell, und wo nicht vorhanden, aufzubauen.

Meines Erachtens gibt es in den Stadtteilen ungenutzte Ressourcen: Schulen werden zu wenig für die Stadtteilarbeit genutzt und Sporthallen und -plätze zu wenig für den unorganisierten Freizeitsport geöffnet.

Auch kulturelle Angebote dürfen sich nicht nur auf die Innenstadt und Babelsberg beschränken, sondern gehören in alle Viertel. Dazu ist es erforderlich, kulturelle Initiativen in den Stadtteilen zuverlässig zu unterstützen und zu fördern.

#### **5. Stadtwachstum und Flächennutzung**

Städte sind Territorien, die eine räumliche Dichte baulicher, funktionaler und soziokultureller Strukturen aufweisen und an ihren Rändern in den ländlichen Raum hinauswachsen. Innerhalb der Stadtgrenzen bieten sie den Bewohner\*innen Räume, die der öffentlichen, gemeinschaftlichen und privaten Nutzung offenstehen.

Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um bei dem durch künftiges Wachstum verursachten Flächenverbrauch ein ausgewogenes Verhältnis von innerstädtischer Verdichtung und weiterer Zersiedelung des vom Freiraum geprägten Umlandes zu wahren?

**Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um Ihre Prioritätenwichtung umzusetzen? Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um zu garantieren, dass der weitere Stadtausbau nicht zu Lasten der öffentlich genutzten Flächen geht (z. B. Parks, Waldgebiete, Gartenanlagen, Seen und Gewässer, Uferbegrenzungen)? Welche Maßnahmen sollte die Stadt ergreifen, um für die Einwohner\*innen den Zugang zu öffentlichen Räumen für Kultur, Sport und Erholung zu erhalten und auszuweiten?**

Der Erhalt der innerstädtischen Grün- und Freiflächen kommt allen Potsdamer\*innen zu gute. Sie haben einen wichtigen Anteil am hohen Lebensstandard unserer Stadt. Doch auch im Status Quo gibt es noch Luft nach oben. Ausdrücklich begrüße ich daher die Initiative zur kostenlosen Nutzung des Volksparks für alle Kinder und Jugendlichen. Langfristig sollten auch die Erwachsenen in Genuss der kostenfreien Nutzung gelangen.

Der neu aufgebrochene Konflikt zwischen dem Flächenbedarf vor allem für Schulen, Kitas und Sportanlagen und der Nutzung von Naturflächen, besonders Waldgebieten, zeigt, dass die strategischen Planungen als maßgebliches Steuerungsinstrument einer sozial ausgewogenen und nachhaltigen Stadtentwicklung nur unzureichend vorhanden und angewendet werden. Ich werde auf der Grundlage des Leitbildes der Stadt, der Leitlinien für die strategische Steuerung und das Zusammenführen der vielen guten einzelnen Fachplanungen Voraussetzungen schaffen, um eine auf die Zukunft ausgerichtete und von den Bürger\*innen getragene strategische Stadtentwicklung als Grundsatz für die Arbeit in der Verwaltung zu installieren. Prioritäten werden dabei die soziale und ökologische Verträglichkeit haben.

## **6. Stadt und Geschichte**

Der Umbau der Potsdamer Mitte ist von heftigen Kontroversen begleitet und hat zur deutlichen Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt. An der Oberfläche kreist der Streit um einige markante Gebäude (z. B. Fachhochschule, Hotel Mercure, Garnisonkirche), im Wesen greift er aber tiefer und berührt den Umgang mit Ressourcen, Geschichte und Zivilgesellschaft.

### **Was sind aus Ihrer Sicht Gründe für den stadtpolitischen Streit?**

Die Stadtoberen und politische Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung haben es seit der Wende nicht wirklich verstanden, die verschiedenen Interessen der Potsdamer Zivilgesellschaft, der alten wie der neuen, der armen wie der reichen Potsdamer\*innen zu einem Ausgleich zu bringen. Die Rathauspitze hat sich bewusst für eine Nacherzählung der Preußischen Garnisonstadt entschieden. Unter sehr einseitiger Auslegung einer „behutsamen“ Stadterneuerung wurde der Fokus auf die möglichst originalgetreue Wiederherstellung der Stadtmitte gerichtet, dabei der Dialog mit Bürger\*innen gar nicht oder nur widerwillig geführt. Der Umgang mit den Bürger\*inneninitiativen gegen den Abriss der Fachhochschule, des Mercure, des Minsk als Baukultur der DDR und gegen den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche sind dafür Beispiele. Das wird es mit mir nicht geben. Ich stehe für eine lebendige Stadt, in der Alt und Neu in einem gleichberechtigten Miteinander existieren. Das gilt für Menschen, die hier leben ebenso wie für die Bauten.

**6 a) Welche Zukunft sehen Sie für die zwei verbliebenen Bauten der Nachkriegsmoderne in der Potsdamer Innenstadt, dem Wohnhaus am nunmehr ehemaligen Staudenhof und dem ehemaligen Terrassenrestaurant "Minsk"?**

Beide Gebäude gehören für mich mindestens genauso zu der Stadt wie die wiederaufgebauten, preußischen Architekturriesen. Daher werde ich mich für ihren Erhalt einsetzen. Zum Erhalt des Wohnhauses Am Alten Markt 10 habe ich mich bereits geäußert. Ich unterstütze ausdrücklich den von der LINKEN initiierten und von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss zum Erhalt des Wohnblocks, der allerdings auf Initiative der SPD durch einen neuen Beschluss aufgehoben worden ist. Das Haus muss im Eigentum der städtischen ProPotsdam bleiben, saniert und wieder zu bezahlbaren Mieten bewohnt werden. Eine Rückzugsgarantie für Mieter\*innen werde ich aushandeln. Ich unterstütze auch alle Bemühungen um den Erhalt des Terrassenrestaurant „Minsk“ und die Suche nach einer öffentlichen Nutzung oder Teilnutzung. Dieses Gebäude muss integraler Bestandteil der Neubebauung am Brauhausberg sein. Das Einstreichen der 27 Mio. EURO aus dem Kauf-Höchstgebot darf nicht über die Zukunft des „Minsk“ entscheiden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Bebauung neu ausgeschrieben wird, natürlich ebenfalls mit einer Sozialraumwohnungsquote von 30%.

## **6 b) Wie stellen Sie sich die Entwicklung des historischen Ortes Garnisonkirche vor?**

Der Turmbau zu Potsdam ist (leider) nicht mehr aufzuhalten. Gleichzeitig ist die Öffentlichkeit in der Pflicht, hier genau hinzuschauen. Nach wie vor gelten für mich die Beschlüsse der SVV, dass keine öffentlichen Gelder für den Bau verwendet werden dürfen. Was es zu erhalten gilt, ist das Rechenzentrum in seiner jetzigen wunderbaren Nutzung. Untersuchungen haben ergeben, dass eine Nutzung des Rechenzentrums über das Jahr 2023 hinaus neben dem Turm möglich ist. Diese Option ist aber ohne Not nicht weitergedacht worden. Offenbar scheut auch hier die Stadtspitze den Disput mit der Stiftung Garnisonkirche.

## **7. Rechenzentrum und Kultur- und Kreativwirtschaft**

Das Rechenzentrum wird seit 2015 als Kunst- und Kreativhaus zwischengenutzt und hat in dieser Funktion über Potsdam hinaus Bekanntheit erlangt. Es soll 2023 abgerissen werden, obwohl eine Sanierung möglich ist und nachhaltiger wäre, als die Errichtung eines Ersatzgebäudes. Nach jetzigem Planungsstand wird der Neubau im Bereich der alten Feuerwache erhebliche Einschränkungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft mit sich bringen: Er wird weniger Raumfläche bieten, soll nur auf bestimmte Branchen fokussiert sein und lässt Mietpreise erwarten, die viele der jetzigen Nutzer des Rechenzentrums nicht bedienen können.

## **Wie stehen Sie zum geplanten Abriss des Rechenzentrums? Welche Forderungen haben Sie an Lage, Gestaltung, Nutzung des geplanten Ersatzbaus?**

Wie ich oben bereits ausgeführt habe, stehe ich für den Erhalt des Rechenzentrums, vor allem wegen des ganz besonderen Wirkens der hier versammelten über 250 Kulturschaffenden. Das ist eine enorme Bereicherung des Stadtlebens, im besten Sinne auch Friedens- und Versöhnungsarbeit. Der Bau des Kirchenschiffes der Garnisonkirche wäre aus meiner Sicht für Potsdam nicht gut.

Das müsste einem weiteren Kulturquartier im Herzen der Stadt auch nicht im Wege stehen. Um den Bedarf eines neuen Areals zu klären, haben wir eine bestens vernetzte Kultur- und Kreativszene in der Stadt, die die baulichen Gegebenheiten, den Raumbedarf usw. genau definieren kann. Alle Prüf- und Entscheidungsprozesse müssen künftig mit den Kreativen im Kulturquartier getroffen werden! Die von einer Mehrheit der Stadtverordneten unterstützte

Einengung der Standortsuche auf die Fläche Alte Feuerwache/Langer Stall bzw. ohne weitere Betrachtung der Potenziale des jetzigen Standorts und der Flächen an der Dortustraße ist die programmierte Produktion von Problemen hinsichtlich des tatsächlichen Flächenbedarfs für Kreative, der Raumzuschnitte und sicher auch hinsichtlich der künftigen Mieten.

Meine Forderungen sind: der Raumbedarf für Fläche und Anzahl der Räume ist gemeinsam mit den jetzigen Nutzer\*innen des Rechenzentrums zu ermitteln. Der Standort für den Neubau, so er denn unbedingt errichtet werden muss, ist entsprechend zu bestimmen. Die Standortfrage ist von Anbeginn an in gleichberechtigter Mitwirkung der Nutzer\*innen zu klären. Ebenso sind vor einer Standortfestlegung die „Schmerzgrenzen“ für künftige Mieten zu definieren. Dazu wiederum scheint es unabdingbar, zu klären, wer der Bauherr ist, wie teuer der Neubau ist und wer der Betreiber bzw. Geldgeber.

## **8. Wohnen**

Die Landeshauptstadt Potsdam beschloss 2014 ein Wohnungspolitisches Konzept, das eine Reihe von Handlungsfeldern und Maßnahmen enthält.

### **Was ist Ihre Einschätzung?**

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen wurde im Oktober 2009 als Handlungsgrundlage der Potsdamer Wohnungspolitik beschlossen. Es weist drei Leitziele aus:

- Sicherung der positiven Bevölkerungsentwicklung
- Erhalt der Attraktivität des Wohnstandortes Potsdam
- Sicherung einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsgruppen.

Diese Ziele, zusammen mit den ausgewiesenen Handlungsansätzen und dem Handlungsbedarf haben ihre Gültigkeit nicht verloren. Die von der LINKEN geforderten Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele und die 2013 geordnete Evaluierung des Konzeptes haben bereits gezeigt, dass schneller auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Maßnahmen angepasst werden müssen. Die vor 2009 erhobenen Daten und die Prognosen stimmen so nicht mehr, Rahmenbedingungen, auch gesetzliche Vorgaben haben sich verändert. Es ist aber auch zu konstatieren, dass Handlungsfelder und Maßnahmen, wie zum Beispiel die Verfügbarkeit ausreichenden Baulands, in ihrer Umsetzung nicht ernsthaft genug verfolgt wurden. Die Aktualisierung und konsequente Umsetzung der im Konzept enthaltenen Handlungsfelder und Maßnahmen werden einer meiner Führungsschwerpunkte sein.

Das wohnungspolitische Konzept muss unbedingt mit all den anderen in der Stadt entwickelten Konzepten, wie dem für Verkehr, Schulentwicklung, Klima, strategische Steuerung und der Haushaltsplanung synchronisiert werden. Das gelingt nur, wenn Wohnen als gesamtstädtische Aufgabe verstanden wird. Meine Position, dass Wohnen ein Grundrecht der Menschen ist, wird die Basis für alle in diesem Zusammenhang zu lösenden Aufgaben sein.

**8 a) Welche der Maßnahmen waren bisher erfolgreich, welche nicht? Wo sehen Sie Handlungsbedarf und welche Schwerpunkte muss sich die Landeshauptstadt Potsdam in der Wohnungspolitik setzen?**

Mein Ziel ist mittelfristig eine Sozialwohnungsquote von 30% bei dauerhafter Belegungsbindung zu erreichen. Das geht nur mit einem starken städtischen Unternehmen wie der ProPotsdam, das ich zumindest zu einem Teil gerne wieder gemeinnützig ausrichten möchte. Damit würde ProPotsdam einen sozialpolitischen Auftrag erhalten und der sozialen Spaltung der Stadt entgegenwirken können.

Die Stadtspitze hat zu verantworten, dass die Zahl der belegungsgebundenen Wohnungen kontinuierlich sinkt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Die Nutzung von Fördermitteln, aber auch die Verpflichtung privater Investoren und der Genossenschaften, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen, gehören unbedingt dazu. Es ist bisher ebenfalls nicht gut gelungen, Wohnungsbau mit der Schaffung einer entsprechenden sozialen Infrastruktur in Einklang zu bringen. Die „Baulandabgabe“ ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen. Ich werde dafür werben, dass stärker als bisher Flächen für Wohnungsbau und Infrastruktur von der Stadt gekauft und die Haushaltsmittel dafür deutlich aufgestockt werden.

Eine weitere Möglichkeit sehe ich darin, die Festlegung von Vorranggebieten „Wohnen“ strategisch auszurichten. Das ist bisher nicht mit der erforderlichen Konsequenz getan worden.

Wichtig ist, dass Wohnungen entsprechend der Sozialstruktur, der demografischen Entwicklung, also entsprechend der tatsächlichen Bedarfe geplant und gebaut werden. Danach sind Wohnungsgrößen, Mieten für jeden Geldbeutel, Barrierefreiheit und soziale und pflegerische Betreuung im unmittelbaren Umfeld Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Altwerden im vertrauten Kiez Normalität wird.

Einen weiteren Schwerpunkt sehe ich darin, innovative Wohnformen, die sich vor allem an Gemeinschaftlichkeit orientieren, zu unterstützen. Bei der Entwicklung neuer und bei der Umgestaltung bestehender Quartiere sollten z.B. Mehr- Generationen- Häuser und studentisches Wohnen auch in Wohngemeinschaften von Anfang an eine Rolle spielen.

---

**Martina Trauth** c/o DIE LINKE. Kreisverband Potsdam Zeppelinstraße 7 14471 Potsdam

E-Mail: [kontakt@martina-trauth.de](mailto:kontakt@martina-trauth.de)

Internet: <http://www.martina-trauth.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/Martina-Trauth-157064171701757/>

Twitter: <https://twitter.com/MartinaTrauth>

Instagram: [https://www.instagram.com/martina\\_trauth/](https://www.instagram.com/martina_trauth/)

YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UCi0cd6LAXXHKguElheso2fg>

**Trauth Euch!**  
**Potsdam kann mehr.**

#OBwahlPotsdam